Neue Freie Zeitung
Nr. 30/31 · Donnerstag, 5. August 2021 € 0,80

Österreichische Post AG
WZ 02Z032878 W
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, A-1080 Wien - Tel.: 01 512 35 35 0 - Fax: 01 512 35 359
Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Hallein-Katastrophe: Grüne gegen Hochwasserschutz!

Die Errichtung des Wasserkraftwerks in Obersulzbach im Pinzgau böte die Möglichkeit, Stromgewinnung aus Wasserkraft und Hochwasserschutz zu vereinen. „Die Bürger sind dafür, der Naturschutz im Land Salzburg ist dagegen“, kritisiert FPÖ-Landeschefin Marlene Svazek. S. 13

Foto: FPÖ Salzburg

Grenzschutz gegen Asylanten-Ansturm!

Türkise „Show-Politik“ lässt Asylwerberzahlen heuer geradezu explodieren S. 2/3

Grüne „Energiewende“ mit gefährlichen Folgen

Strompreis? Umweltschutz? Netzsicherheit? Zu viele offene Fragen im EAG – S. 4/5

Foto: wirwinconsult.de

PARLAMENT

Faßmanns Impfpläne

Die „Corona-Strategie“ von ÖVP-Bildungsminister Faßmann lässt für den Herbst Schlimmes erwarten. Über Test- und Maskenzwang für Ungeimpfte will der Bildungsminister einen indirekten Impfzwang für die Schüler einführen, warnt die FPÖ. S. 7

AUSSENPOLITIK

Impf-Dämmerung

Während die Politik den Impfzwang ständig verschärft und bereits den „dritten Stich“ plant, zeigen immer mehr Daten und Studien, dass die Impfung kaum besser vor einer Infektion mit dem Coronavirus schützt als das körpereigene Immunsystem. S. 8/9

WIEN

Günstlingswirtschaft

Wiens FPÖ-Chef Dominik Nepp kritisiert scharf die rote-pinke „Corona-Strategie“: Die Stadtwerke wollen jetzt Impfverweigerer unter den Mitarbeitern ausfindig machen und die Stadt hält am dubiosen „Alles gurgelt“-Kooperationspartner fest. S. 11

MEDIEN

Postenschacher

Eine „saubere Politik“ und Transparenz haben die Grünen im Wahlkampf versprochen, aber selbst grüne Freunde in staatsnahe Betriebe verschoben. Müssen sie sich dafür jetzt bei der Wahl des ORF-Generaldirektor den ÖVP-Wünschen beugen? S. 14

Foto: NFZ

AUS DER REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Kaum nennt ein Kritiker der Corona-Politik Zahlen, brüllt alles: „Fake News!“ So geschehen bei einem Kärtner Pfarrer.

Nur war der mit seinen Zahlen näher dran an der Wahrheit als die Schreihälse. Laut WHO sind bereits weit mehr als 10.000 Menschen nach der „rettenden Impfung“ verstorben, und doppelt so viele, als von ihm behauptet, haben gesundheitlichen Schaden durch die Impfung erlitten.

Unangenehme Fakten

Im Gegensatz dazu können die „Gebt uns Corona-Maßnahmen, je härter desto besser!“-Schreihälse in Österreich keine validen Zahlen vorweisen.

Eineinhalb Jahre nach Ausbruch der „Seuche“ gibt es nämlich noch immer keine Angaben zu Alter, Vorerkrankungen oder Einweisungsdiagnosen der in den Krankenhäusern behandelten „Corona-Patienten“ bzw. der „an oder mit Corona“-Verstorbenen.

Kurz und seine grünen Steigbügelhalter greifen völlig faktenbefreit in die Grund- und Freiheitsrechte der Österreicher ein. Für diesen Rückfall in überwunden geglaubte Zeiten gibt es stürmischen Beifall von den Medien.

Jetzt drängen sie alle auf die Zwangsimpfung im Namen der „Volksgesundheit“. Kurz‘ „Hahnenschwänzler-Brigade“ aus Graz und St. Pölten treibt das voran, die Medien, angeführt vom Corona-Funk ORF, apportieren brav. Kurz wird, dem „Ruf des Volkes“ folgend, wohl bald den erlösenden Befehl geben: „Alle zur Impfung!“

Womit? Die milliardenteuren Impfseren halten nicht, was sie versprechen, sie helfen dem Immunsystem des Menschen nur wenig und kurzeitig bei der Virusabwehr.

Wer ist jetzt eine „Fake-Nuß“?

„Willkommenskommando“

Nehammers „Show-Politik statt echtem Grenzschutz“ wird den Asylanten

Litauen wird von Asylanten gestürmt, die „Seenotretter“ im Mittelmeer haben Hochsaison und über die nördliche Balkanroute wächst der Zustrom nach Österreich. Die Freiheitlichen fordern effektive Asyl- und Grenzschutzmaßnahmen, um eine Wiederholung der Flüchtlingswelle von 2015/16 zu verhindern.

In nur wenigen Wochen hat der weißrussische Potentat Alexander Lukaschenko rund 4.000 illegalen Einwanderern die „Ausreise“ nach Litauen ermöglicht, und in Italien hat sich die Zahl der illegal über das Mittelmeer eingereisten Migranten gegenüber dem Vorjahr verdreifacht.

Die ersten Vorboten der Nach-Corona-Einwanderungswelle sind bereits im Burgenland und in Niederösterreich an Österreichs Ostgrenze geschwappt: Pro Woche werden bereits wieder mehr als 400 illegal aus Ungarn bzw. der Slowakei Eingereiste aufgegriffen.

Hilflose türkise Show-Politik

„Der medial von ÖVP-Innenminister Karl Nehammer und seiner Parteikollegin Verteidigungsministerin Klaudia Tanner angekündigte Grenzschutz ist kein Grenzschutz. Die zusätzlichen Soldaten und Polizisten, die an der Grenze eingesetzt werden, dürfen für die Illegalen de facto nur die ‚Fremdenführer‘ in unser Asylwesen geben“, kritisierte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl.

Und selbst Nehammer dürfte von der Wirksamkeit seiner Aktion nicht allzu überzeugt sein. Laut Medienberichten wird im burgenländischen Oberpullendorf nämlich schon eine neue Notaufnahmestelle für die illegalen Migranten eingerichtet.

„Nehammer betreibt eine reine Show-Politik! Den großen Ankündigungen und der Kritik am EU-Asylsystem folgen keine Umsetzungen in Richtung einer restriktiven Asylpolitik im Sinne unserer Bürger. Nehammer verkauft die Österreicher schlicht und ergreifend wieder einmal für dumm“, empörte sich Kickl.

Echter Grenzschutz würde nämlich bedeuten, die illegalen Migranten daran zu hindern, auch nur einen Fuß auf österreichischen Boden zu setzen – zumal sie mit Ungarn oder der Slowakei bereits ein sicheres Land erreicht haben.

Nehammer außer Rand und Band

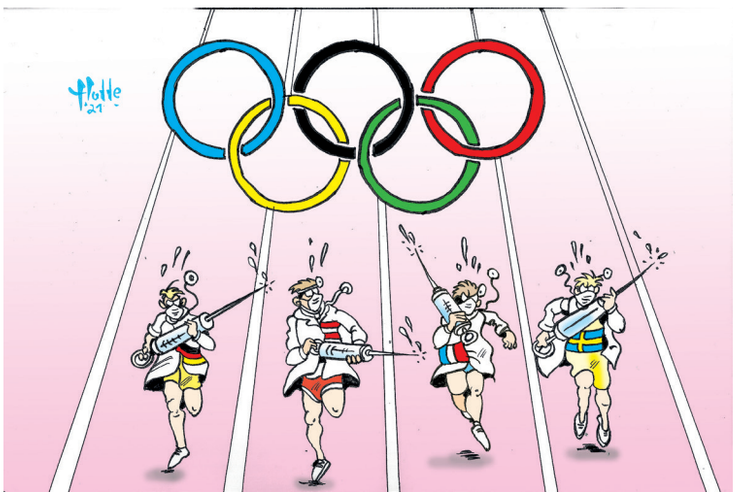
Kritik an der medial pompös inszenierten Aktion des ÖVP-Innenministers übte auch FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer: „Seit Monaten explodieren die Asylzahlen und genau der gleiche Innenminister, der sich einmal als der ‚große Problemlöser‘ präsentiert hat, kümmerte sich bisher nur darum, die eigene Bevölkerung mit Corona-Restriktionen zu gängeln!“

Foto: NFZ

Schluss mit der türkisen Show-Politik, ma Asyl mit ihrem Latein am Ende ist,

Angesichts der steigenden Ausländerkriminalität und insbesondere nach dem schockierenden Mordfall Leonie seien von der türkisen Propagandaabteilung laufend PR-Termine organisiert worden, um die inhaltslosen Floskeln der türkisen Regierungspartei aufzufetten.

Als kurios bezeichnete Amesbauer die jüngsten Äußerungen des ÖVP-Innenministers, in denen er mehr Abschiebungen nach Afghanistan gefordert hat: „Anscheinend weiß der Herr nicht mehr, dass er als Innenminister dafür zuständig



SPITZE FEDER Olympischer Gedanke in der Impfpolitik?

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80; Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.); Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

statt Grenzschutz

n-Ansturm nach Österreich nicht stoppen

fordern Herbert Kickl und Hannes Amesbauer. Wenn die ÖVP beim The- dann soll sie doch auf den „10-Punkte-Plan“ der FPÖ zugreifen.

ist, dass Flugzeuge, gefüllt mit verurteilten Straftätern, in Richtung Afghanistan abheben können. Im Grunde genommen ist das eine Selbstanklage des eigenen Versagens.“

„10-Punkte-Plan“ der FPÖ

Der freiheitliche Sicherheitssprecher wie auch sein Klubobmann verwiesen einmal mehr auf den „10-Punkte-Maßnahmenkatalog“ der FPÖ, den Kurz, Nehammer & Co. im Juli in gewohnter Arroganz zurückgewiesen haben. „Es wird nicht ausreichen, an den Grenzen eine Protokollierung der illegalen Migration durchzuführen. Die illegalen Grenzübertritte müssen konsequent verhindert und Österreich für Migranten wie Schlepper als Zieldestination unattraktiv gemacht werden. Ebenso haben Asylwerber sowie Asylberechtigte umgehend – bei jeder Form einer Straftat – außer Landes gebracht zu werden“, forderte Amesbauer.

Zudem bedürfe es eines Aussetzens des Asylrechts auf österreichischem Boden und die Wiedererrichtung der Ausreisezentren, fügte dem Kickl hinzu.

KURZ UND BÜNDIG

Foto: NFZ

Zu wenig und zu spät

Die Vorschläge, die ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann präsentiert hat, damit die Schüler die verlorenen Bildungsfortschritte während der Schulschließungen aufholen könnten, beurteilte FPÖ-Bildungssprecher Hermann Brückl (Bild) als „zu wenig und zu spät“: „Wir haben schon im Mai eine Teilung der Schulklassen in den Kernfächern unter Berücksichtigung des Schultyps ab dem Herbst vorgeschlagen, um die Bildungsrückstände aufzuholen. Faßmanns geplante Zusatzförderstunden reichen dazu nicht aus.“

Im Stich gelassen

Irritiert zeigte sich der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Philipp Schrangl (Bild) über die mediale Vorverurteilung jener Grazer Polizisten, die gegen einen Messerangreifer in Notwehr von ihrer Schusswaffe Gebrauch machen mussten. Gegen diese soll wegen schwerer Körperverletzung ermittelt werden – und der Innenminister schweige. „Gerade in so einer schwierigen, auch psychisch belastenden Situation für den Polizisten braucht es hier die Rückendeckung der Ressortspitze“, forderte Schrangl.

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis

Foto: NFZ

Türkise Unverhältnismäßigkeit

Gerade einmal 2.000 Euro haben die Hinterbliebenen der Terroropfer vom November 2020 in Wien erhalten, für das Versagen der von ÖVP-Innneminister Karl Nehammer geleiteten Behörden, erinnerte FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer (Bild): „Was sagt der ÖVP-Innenminister wohl zu seiner Frau, die von hunderten Österreichern 3.500 Euro wegen der Übernahme eines falschen Postings auf Facebook eingeklagt hat?“ Was die ‚türkise Familie‘ mit ihrem unmoralischen Selbstverständnis in dieser Republik aufführe, sei eine Zumutung für jeden rechtschaffenen Bürger, kritisierte Amesbauer.

SPRUCH DER WOCHE

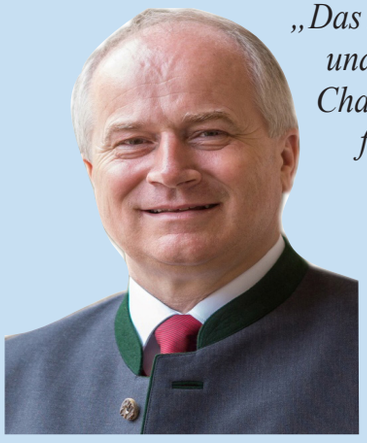


Foto: NFZ

„Das Anlegen von Grünflächen und Dachgärten bietet die Chance wertvolle Speicherflächen zu schaffen.“

Johann Seitinger
2. August 2021

Geht es nach dem steirischen ÖVP-Umweltlandesrat, dann soll der Hochwasserschutz künftig auf den Hausdächern installiert werden.

Foto: twitter.com/argonerd

BILD DER WOCHE

Ein Wetterhahn ist gegen jede/n ÖVP-Politiker/in geradezu ein Symbol der Standfestigkeit.

Eine Energie- und Umweltpolitik auf Basis von Fakten und Hausverstand!

Der FPÖ-Energiesprecher Axel Kassegger erläutert im NFZ-Interview die Ablehnung des „Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzespaketes“ (EAG) durch die Freiheitlichen: „Damit wurde eine einseitige, kostspielige Förderung der Erzeugung von Energie beschlossen, ohne Rücksicht auf negative Effekte für die Versorgungssicherheit sowie die Leistbarkeit für Privathaushalte und die Wirtschaft.“

Herr Abgeordneter, die Freiheitlichen haben als einzige Partei das laut Klimaschutzministerin Gewessler „historische Gesetz“ zum Ausbau der erneuerbaren Energien (EAG) abgelehnt. Weshalb?

Kassegger: Das EAG ist ein ideologisch motiviertes Gesetz, mit dem de facto unerreichbare Ziele gesetzt werden, wie bei den Klima-Abkommen. Damit wurde eine einseitige, kostspielige Förderung der Erzeugung von Energie beschlossen, ohne Rücksicht auf negative Effekte für die Versorgungssicherheit sowie die Leistbarkeit für Privathaushalte und die Wirtschaft. Wind- und Solarstrom ist hochvolatil. Er fließt, wenn es genug Wind oder Sonne gibt, aber zumeist nicht, wenn der Strom gebraucht wird, nämlich zu den Spitzenzeiten morgens und abends sowie im Spätherbst und Winter. Dafür wird jetzt jährlich zusätzlich eine Milliarde Euro ausgegeben, die von den Stromkunden bezahlt werden müssen. Sehr vorsichtig geschätzt heißt das pro Haushalt 100 Euro mehr auf der Stromrechnung. Ich fürchte aber, es wird bedeutend mehr werden. Für uns Freiheitlichen stehen die Kosten, die von allen Österreichern zu tragen sind, in keinem Verhältnis zum Nutzen, weder was die Menge an Energie noch was den Beitrag zur globalen Reduktion von CO2-Emissionen betrifft.

Das heißt, die Preisentwicklung geht in die gleiche Richtung wie in Deutschland durch die „Energiewende“, mit dem Ergebnis, dass die Deutschen den höchsten Strompreis Europas zahlen?

Kassegger: Genau, der Preis liegt bei unseren Nachbarn derzeit bei rund 30 Cent für die Kilowattstunde und damit noch deutlich über dem unsrigen. Der Strompreis war bisher in etwa gedrittelt in den Preis für die reine Energie, die Netzgebühren sowie Steuern und Abgaben, die jetzt durch die Milliarde an Ökostrom-Abgaben zur Finanzierung des EAG weiter steigen werden. Zusätzlich steigen akutell die reinen Energiekosten. Die Netzgebühren werden folgen, weil bei einer Umsetzung der Elektroauto-Strategie das Stromnetz deutlich ausgebaut werden muss. Das wird sehr bald sehr teuer für alle Österreicher werden. Im Endeffekt setzen wir damit den letzten noch einigermaßen positiven Standortfaktor für Unternehmen, die niedrigen Energiekosten, aufs Spiel. Beim Standortfaktor Kosten der Arbeit zählen wir gerade wegen unserer enorm hohen Lohnnebenkosten bereits seit Jahren zur negativen „EU-Spitze“, ebenso bei den hohen Unternehmenssteuern, von der teilweise kafkaesken österreichischen Bürokratie ganz zu schweigen. Unserem stärksten Standortfaktor, dem Humankapital, also der herausragenden Qualität unserer arbeitenden Bevölkerung, hat diese Regierung mit ihrer Zusperrpolitik unserer Bildungseinrichtungen gerade einen gewaltigen Bärendienst erwiesen. In Summe droht den Österreichern ein dramatischer Wohlstandsverlust: Denn weniger Wettbewerbsfähigkeit heißt weniger Betriebe und damit weniger Arbeitsplätze.

> *„Sehr vorsichtig geschätzt heißt das pro Haushalt 100 Euro mehr auf der Stromrechnung.“*

Ministerin Gewessler hat zum Ausgleich 100.000 sogenannter „Green Jobs“ versprochen. Sind die nicht realistisch?

Kassegger: Wo sitzen denn die Weltmarktführer bei Solarpanelen, der Batterieerzeugung und jetzt auch bei den Windkraftanlagen? Die sind alle bereits in China, dem Land mit mehr als 1.000 Kohlekraftwerken und 47 Atomkraftwerken! China nutzt diesen Wettbewerbsvorteil der billigen Energie gegenüber den europäischen Industrieländern beinhart aus. Die angebliche Befreiung von der „Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen“ ist ein Scheinargument, wir stürzen uns in neue, noch viel gefährlichere Rohstoff-Abhängigkeiten gegenüber China.

Das heißt, dass wir zum Erreichen der „Klimaziele“ ausgerechnet von dem Land abhängig sein werden, das beim „Klimaschutz“ gar nicht mitmachen will und bereits viermal so viel CO2 produziert wie Europa?

Kassegger: Das ist ein weiterer Punkt, der die ganze Heuchelei in Sachen „Klimaschutz“ zeigt. Ganz Europa emittiert gerade einmal rund acht Prozent der weltweiten CO2-Emissionen, China hingegen mehr als 30 Prozent. Diese ganze ideologiegetriebene „Klimaschutzpolitik“ in Europa meint, völlig ohne Zahlen, Daten und Fakten auskommen zu können und ruiniert dafür unsere Wirtschaft. Wir Freiheitliche stehen für eine „Energie- und Umweltpolitik“ auf Basis von Fakten und Hausverstand zum Wohle der Menschen in unserem Land und in Europa.

Foto: NFZ

Foto: NFZ

Zweitausend Windräder, mehr als 200
Bezirke Österreichs mit genug Wind s

Wie soll s

„Klimarettung“ auf Koste

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz ist unser Gesetz für die Energiewende“, tönte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler. Wer die „Energiewende“ in Deutschland beobachtet, erkennt die Gefährlichkeit dieser Ankündigung: Erhöhung der Strompreise, drastische Einschränkungen bei Natur- und Umweltschutz sowie die Gefährdung der Sicherheit des Stromnetzes.

„Wes das Herz voll ist, des geht der Mund über“, heißt ein altes Sprichwort. Und so schwang auch die grüne Fraktion im Nationalrat beim Beschluss des Gesetzes zum Ausbau der erneuerbaren Energie (EAG) wahre Lobeshymnen auf die Gesetzesinitiative ihrer „Klimaschutzministerin“ Leonore Gewessler.

Ewig, aber wenig nutzbar

Aber wie das Sprichwort andeutet, ist in diesem Zustand der Verstand nicht involviert. So fabulierte der grüne Umweltsprecher Lukas Hammer, vormals Umweltaktivist bei Greenpeace, von einem „historischen Gesetz“, durch das die Österreicher Energie nicht mehr „gebrauchen“, sondern „sinnvoll nutzen“ werden: „Wir gehen ‘raus aus Öl, Gas und Kohle und ‘rein in

0 Meter hoch und mit einem Fundament aus 1.300 Kubikmetern Beton und 180 Tonnen Stahl, will Gewessler in die Natur „pflanzen“. Aber die fünf sind bereits vollgepflastert mit den Stahl-Ungetümen. Deren Strom ist allerdings ohne Förderung nicht an den Mann zu bringen, weil zu teuer.

sich das jemals ausgehen?

n der Stromversorgung? Das EAG wirft mehr Fragen auf, als es Probleme zu lösen vorgibt

die ewigen Energiequellen: Sonne, Wind, Wasser und Biomasse.“

Ewig mögen diese Vorräte ja sein, nur sind sie nicht immer nutzbar, wenn man sie braucht. Daher auch die sorgenvollen – im Gesetz nicht beachteten – Einwürfe der Praktiker zu der Materie.

Denn das EAG sieht, so Gerhard Christiner, technischer Vorstand der für die Stromversorgungssicherheit zuständigen „Austrian Power Grid“ (APG), de facto eine Verdoppelung der heute installierten erneuerbaren Kraftwerksleistung von 27 Terrawattstunden (TWh) in Österreich bis 2030 vor. Und das in erster Linie bei den volatilen Energiequellen Sonne und Wind, die 21 TWh liefern sollen.

In nur einem Jahrzehnt sollen zweieinhalb Mal so viele Windräder auf Äckern, Feldern und Berghängen stehen wie heute. Das Problem: Die Lagen mit ausreichend Wind sind bereits mit den Stahl-Ungetümen zugepflastert, für deren Fundament 1.300 Kubikmeter Beton und 180 Tonnen Stahl in die Erde gerammt werden müssen.

Damit die Photovoltaik zehnmal so viel Strom liefern kann wie heute, braucht es Solarpanele mit einer Fläche von 100 Quadratkilometern. Also so ziemlich die gesamte Dachfläche aller Häuser, Industrieanlagen im Lande bis hinauf zu den Almhütten.

Und wo die Natur „zubetoniert“ werden soll für die Wasserkraftwerke mit der Leistung von fünf Donaukraftwerken, haben die grünen „Klimaretter“ auch nicht bedacht.

Was ist mit dem Stromnetz?

„Es muss uns bewusst sein, dass der dafür notwendige Umbau des Stromsystems eine Mammut-Aufgabe ist – alleine oder im Vorbeigehen ist das nicht zu schaffen“, macht Christiner auf einen weiteren blinden Fleck im Gesetz aufmerksam: den Ausbau und die technische Umrüstung des Stromnetzes.

Das wird für viel böses Blut bei Grundbesitzern, Anrainern und Umweltschützern sorgen. „Bereits lange diskutierte Themenfelder wie die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei energiewirtschaftlichen Anlagen, der fehlende Schutz von Planungs- bzw. Bestands-Trassen im Strombereich, fehlende energiewirtschaftliche Raumplanung oder aber der Bedarf einer umfassenden Speicher- bzw. Wasserstoffstrategie müssen jetzt zügig auf den Weg gebracht werden“, zeigt Christiner Hindernisse für die EAG-Ziele auf. Mit anderen Worten: Gesetzesänderungen, mit denen diese massiven Eingriffe in die Natur ermöglicht werden sollen.

Foto: BMK/Dajetan Perwein

Gewessler Energiewende-Papier gefährdet die Versorgungssicherheit.

Die Rechnung geht nie auf

Der FPÖ-Energiesprecher Axel Kassegger macht auf einen weiteren Fehler aufmerksam: „Die zu errichtenden Anlagen für 27 TWh ‚klimafreundlichen Strom‘ und dessen jährliche Förderung sollen ‚nur‘ eine Milliarde Euro an Zusatzkosten pro Jahr verursachen? Derzeit bekommen wir für rund 800 Millionen Euro jährliche Förderungsgelder rund zehn TWh erneuerbaren Strom ins Netz. Wie soll sich das ausgehen?“

Und ein Blick auf den Gesamtenergieverbrauch zeige, so Kassegger, den Etikettenschwindel bei der „Klimarettung“ auf: Österreich verbraucht aktuell rund 310 TWh an Energie im Jahr. Es importiert derzeit rund 360 TWh in Form von Erdöl, Erdgas, Kohle und Strom. Von den rund 265 TWh, die daraus an Energie im Land gewonnen werden, stammen 120 TWh aus Gas und Öl.

Kassegger gibt daher zu bedenken: „Wenn wir aus den fossilen Brennstoffen aussteigen, woher sollen wir zukünftig jene 25 TWh an Strom im Winter bekommen, wenn um uns herum alle Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke geschlossen werden, wie Frau Gewessler unter Verweis auf den ‚Green Deal‘ der EU angedeutet hat?“

Foto: NFZ

HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Vor dem Hintergrund der schweren Unwetterschäden haben die Regierungsfraktionen einen Antrag eingebracht, der aufs erste gut klingt: „Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern den Opfern der Unwetterkatastrophe aus dem Katastrophenfonds rasch und unbürokratisch Hilfe zur Beseitigung der Schäden zukommen zu lassen."

Helfen statt Heucheln

Sieht man genauer hin, entpuppt sich der Antrag als trojanisches Pferd, zumal die Hilfe an ein bitteres Bekenntnis geknüpft wird, nämlich der Umsetzung der im Regierungsprogramm festgeschriebenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise. Dieses Junktim ist unverständlich, denn das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Daher hat der Freiheitliche Parlamentsklub einen eigenen Antrag eingebracht, der neben der Hilfe für die Opfer auch zum Inhalt hatte, Hochwasserschutzanlagen zu evaluieren und gegebenenfalls zu verbessern und den Einsatzkräften alle erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Dieser Antrag wurde von ÖVP und Grünen abgelehnt, obwohl laut Aussage des Präsidenten der Freiwilligen Feuerwehren mit den derzeitigen finanziellen Mitteln die Anschaffung von Geräten und Fahrzeugen nicht mehr ausreichend möglich ist. Hintergrund ist die Deckelung des Katastrophenfonds seit dem Jahr 2013 bei 95 Millionen Euro. Wir werden darauf achten, dass die Finanzierung der Freiwilligen Helfer auf der parlamentarischen Agenda bleibt.

VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Impfpflicht für Auslandseinsätze?

Foto: NFZ

Der freiheitliche Wehrsprecher Reinhard E. Bösch (Bild) zeigte sich über die von ÖVP-Verteidigungsministerin Klaudia Tanner angekündigte Impfpflicht für Soldaten im Auslandseinsatz sehr verwundert: „Die Ministerin soll dies überdenken. Denn es ist zweifellos die Entscheidung jedes Einzelnen zur Impfung zu respektieren, und die Soldaten dürfen nicht als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden", forderte der freiheitliche Wehrsprecher.

JUSTIZPOLITIK

Kurz über dem Gesetz?

FPÖ-Parteichef Herbert Kickl kritisierte die „Sonderbehandlung" für Bundeskanzler Sebastian Kurz durch die Justiz scharf. Kurz wurde nämlich zum Vorwurf der Falschaussage im Ibiza-U-Ausschuss nicht, wie üblich, von der Staatsanwaltschaft, sondern von einem Richter einvernommen.

Gekünstelte Freude über die Arbeitslosenzahlen

Koalition steht ihren Lockdown-Folgen hilf- und planlos gegenüber

Den Jubel der ÖVP, weil die Arbeitslosenzahlen um 4.000 unter den prognostizierten 350.000 liegt, bezeichnete FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch als „gekünstelte Freude über die Folgen des eigenen Versagens".

Foto: NFZ

Belakowitsch: Koalition steht vor den Scherben ihrer Lockdown-Politik.

Ende Juli waren beim Arbeitsmarktservice (AMS) rund 344.000 Personen (inklusive der Schulungsteilnehmer) als arbeitslos vorgemerkt. Das sind um rund 16.000 weniger als vor einem Monat, aber ein gutes Drittel mehr als vor der Lockdown-Kaskade der Koalition.

FPÖ für grundlegende Reform

Die „niedrigen" Zahlen in der Gastronomie resultieren daher, so Belakowitsch, dass sich viele Kellner und Köche während der Krise umgeschult haben, um dem Damoklesschwert der „Lockdown-Falle" von Sebastian Kurz und Wolfgang Mückstein zu entkommen: „Die ganze Konzept- und Phantasielosigkeit der Bundesregierung zeigt sich bei den Langzeitarbeitslosen, deren Zahl in Rekordhöhen, aktuell 130.000, verharrt."

Verbesserungen bei Frauenpensionen

„Oberstes Ziel muss es sein, die soziale Absicherung im Alter durch die Mindestpension zu gewährleisten", erklärte FPÖ-Seniorensprecherin und Frauensprecherin Rosa Ecker (Bild) anläßlich des „Equal Pension Day". Da viele Frauen jahrelang nur in Teilzeit arbeiten würden, hätten sie dementsprechend weniger an Pension zu erwarten.

Foto: NFZ

„Längere Zeiten der Einzahlung ins Pensionssystem bedeuten bessere Pensionen. Aber die Lücken bei den Einzahlungen, etwa durch Familien- und Pflegearbeit beziehungsweise Teilzeitanstellung, verschärfen noch immer die Situation zum Nachteil der Frauen", betonte Ecker. Daher wäre es notwendig, dass Frauen generell einen Anspruch auf Mindestpension haben sollten, wenn sie erwerbstätig waren, und nicht nur eine Mindestpension gemeinsam mit dem Ehemann.

Ecker forderte, dass die Teilzeitarbeit wegen Betreuungspflichten gegenüber Kindern und bei pflegebedürftigen Angehörigen besser angerechnet und aufgewertet werden sollte. Dazu brauche es auch bessere Arbeitsbedingungen in frauentypischen Berufen wie im Pflege- und Gesundheitsbereich: „Frauen sollen im Alter für ihre unbezahlten Leistungen bei der Kindererziehung oder bei der Pflege eine entsprechende Pension bekommen."

Faßmann will Kinder zur Impfung treiben

Die „Corona-Strategie“ des Bildungsministers ist medizinisch fragwürdig und unethisch

Die Andeutungen von ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann zur „Corona-Strategie“ lassen für den Herbst Chaos-Tage erahnen: Er will den Test- und Maskenzwang nur für geimpfte Schüler abschaffen und somit den Impfdruck auf Eltern und Kinder erhöhen.

„Dieser Impfdruck auf Kinder und Jugendliche ist medizinisch äußerst fragwürdig und jedenfalls unethisch. Minister Faßmann entwickelt sich damit zu einem der lautesten Befürworter der vollkommen evidenzbefreiten Corona-Strategie seines Bundeskanzlers“, empörte sich FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl über die Pläne des Bildungsministers für den Schulstart im Herbst.

Kaum Schutz durch Impfung

Die jüngsten Zahlen und Entwicklungen der Corona-Situation in Österreich hätten klar gezeigt, dass die Impfung weder vor Ansteckung, noch vor Erkrankung und schon gar nicht vor Übertragung der Infektion auf andere schütze, erklärte der FPÖ-Klubobmann: „Der vielbeschworene ‚Game-Changer’ des Bundeskanzlers ist in Wahrheit ein Rohrkrepierer mit ungewissen gesundheitlichen Risiken.“

Wenn Kurz und seine Minister Mückstein und Faßmann jetzt noch immer die Impfung als Allheilmittel anpreisen, dann sei das nur noch absurd, denn das widerspreche allen Erfahrungswerten aus jenen Ländern, die heute schon eine weit höhere Durchimpf-Rate hätten als Österreich, empörte sich Kickl.

„Wer sich die Zahlen aus Israel, Großbritannien oder auch aus der Bundesrepublik Deutschland zu den Impfdurchbrüchen ansieht, kann ja wohl nicht ernsthaft behaupten, dass die bisherige Strategie der Impfung mit Seren, die nur eine Notfallzulassung vorweisen können, von Erfolg gekrönt war“, betonte Kickl.

Foto: NFZ

Kickl: Faßmann soll den Kindern ein normales Schuljahr ermöglichen.

Faßmann solle endlich zur Vernunft kommen und den Kindern den Spießrutenlauf zwischen Tests, Impfung und Vollmaskierung im Unterricht ersparen. „Also Herr Bundesminister: Lassen sie unsere Kinder in Ruhe und sorgen sie dafür, dass diese endlich wieder ein normales Schuljahr absolvieren können!“, forderte Kickl.

Gewessler treibt die „Klima-Abzockerei“ voran

In der Sonntags-„Krone“ träumte die grüne „Klimaschutzministerin“ Leonore Gewessler am Grazer Schloßberg davon, wie man Österreichs Autofahrer und Pendler unter dem Deckmantel des Klimaschutzes weiter abzocken und sekkieren kann – während weltweit tausende Tonnen Dreck und Müll in die Ozeane gekippt werden.

„Mit einem Aus für Gasthermen, der Abschaffung des Individualverkehrs und einem Importstopp von Gemüse werden die Österreicher nicht das Weltklima retten können, sondern höchstens mit ideologisch motivierten Einschränkungen und Diktaten konfrontiert“, erklärte der freiheitliche Verkehrssprecher Christian Hafenecker zu Gewesslers „Demobilisierungsplänen für Österreich“.

Wichtige Straßenbauprojekte, die schon längst alle Prüfungen durchlaufen haben, zu stoppen und zum x-ten Mal zu „evaluieren“, sei nur ein Hohn, kritisierte Hafenecker. Viel schlimmer sei nur noch, dass ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz außer einem scheinheiligen Statement nichts dagegen unternehme, um die Bevölkerung vor derartigen grünen Schikanen zu schützen.

Foto: NFZ

Hafenecker: Grüne Abzockerei!

Es sei höchst an der Zeit, dieser türkis-grünen Regierung endlich den Laufpass zu geben, betonte der FPÖ-Verkehrssprecher: „Letzte Umfragen belegen bereits eindeutig, dass ÖVP und Grüne schon längst nicht mehr von einer Mehrheit der Bürger unterstützt werden. Skandale, Bürgerhatz und grüne Klima-Diktatur zeigen den wahren Charakter von Kurz & Co auf. Wir Freiheitlichen werden nicht aufgeben, diese ‚Skandal-Partie‘ in die Schranken zu weisen!“

FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT

Foto: NFZ

Harald Vilimsky

Wann macht die EU die Grenzen dicht?

Die EU kommt wieder stärker unter Migrationsdruck: Belarus hat entdeckt, wie leicht sich die Union dank ihrer Asylpolitik erpressen lässt und schleust jetzt Tag für Tag Migranten über die Grenze nach Litauen. Damit will Belarus Druck ausüben und die Aufhebung der verhängten Sanktionen erzwingen. Litauen alarmiert die EU-Kommission. Die schickt ein paar Frontex-Beamte, die aber nichts tun können. Denn jeder, der es an die EU-Außengrenze schafft und „Asyl" sagt, wird eingelassen.

Tunesien ist seit dem de-facto-Putsch Ende Juli wieder instabiler. Dort will der abgesetzte Parlamentsvorsitzende Rached al-Ghannouchi, dass die EU Druck auf Tunesien ausübt und warnt vor 500.000 Migranten, die nach Europa strömen würden. In Afghanistan rücken nach dem Abzug der US-Truppen die Taliban vor und verstärken die Migrationsbewegung von dort. Spürbar ist das auch an der 4.000 Kilometer weit entfernten österreichischen Grenze, an der die Aufgriffe stark ansteigen. Und die NGOs transportieren weiter munter Migranten übers Mittelmeer in die EU, in der die Zahlen massiv ansteigen.

Die EU muss ihre Asylpolitik von Grund auf ändern: Keine Asylanträge mehr auf EU-Boden, sofern die Antragsteller nicht direkt aus Nachbarstaaten kommen. Erst dann ist Schluss mit der Erpressbarkeit der Union und dem Missbrauch des Aslyrechts zur Einwanderung in Europas Sozialsysteme.

Salvini fordert Maßnahmen gegen illegale Einwanderer

Falls die Regierung angesichts der verstärkten Migration in Italien keine einschneidenden Maßnahmen setzt, droht die Lega Nord mit dem Austritt aus der Koalition von Premier Mario Draghi. „Ich habe Draghi geschrieben und ihm gesagt, dass das Problem der Migrantenlandungen bis Ende August gelöst werden muss", erklärte Lega-Chef Matteo Salvini am vergangenen Sonntag.

„Wenn Innenministerin Luciana Lamorgese nicht in der Lage ist, das Problem zu lösen, sollte sie die Konsequenzen ziehen. Sie sollte etwas tun, um diese Massenankünfte zu stoppen. Für die Lega wäre es ein Problem, eine Regierung zu unterstützen, die diese Zahl von Migrantenankünften akzeptiert", betonte Salvini.

Der Ankündigung war die Meldung vorausgegangen, dass die Schiffe „Sea-Watch 3" und „Ocean Viking" deutscher „Seenotretter"-Organisationen im Mittelmeer an die 800 illegale Einwanderer an Bord genommen und die Einfahrt in einen italiensichen Hafen angefordert haben.

Seit Jahresbeginn sind bereits 28.515 Illegale in Süditalien eingetroffen. Im Vergleichszeitraum 2020 waren es gerade einmal 13.623 gewesen, wie das italienische Innenministerium mitteilte.

Salvinis Lega unterstützt seit Februar die Mehrparteienkoalition Draghis. Sie ist nach der „Fünf-Sterne-Bewegung" die stärkste Partei im italienischen Parlament.

Foto: Lega Nord

Salvini fordert Migrationsstopp.

Corona-Impfung ist Changer", sondern

Pharmakonzerne saugen dank impfwütiger Politik

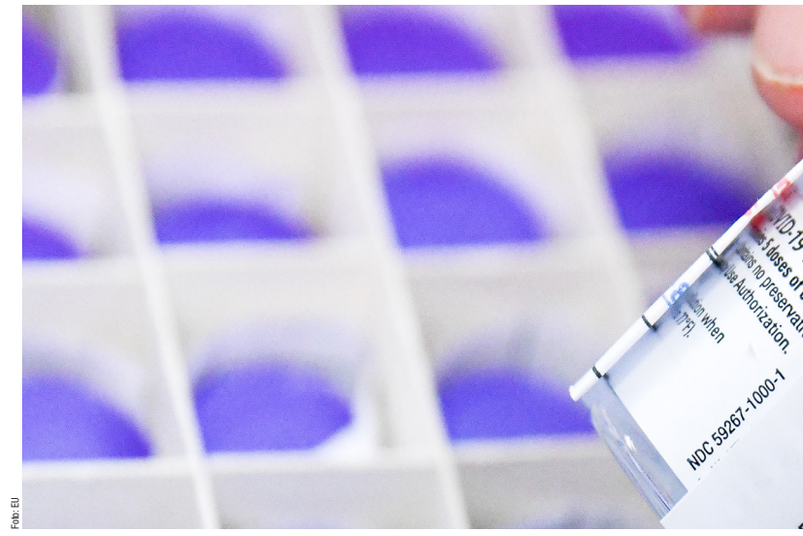


Foto: EU

Die Pharmakonzerne machen heuer dank ihrer „Corona-Impfstoffe" Rekord die EU heuer noch Milliarden kosten. Und das, obwohl die Seren kaum bes

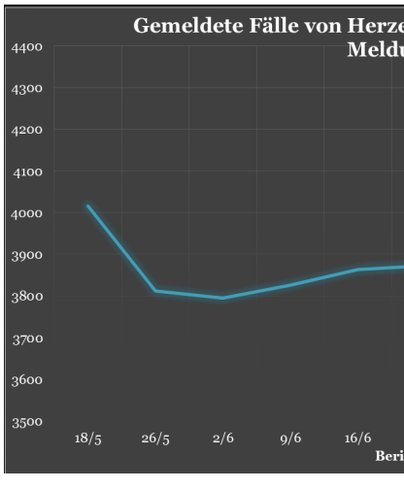
Immer mehr zeichnet sich ab, dass die per „Notfallzulassung" verimpften Seren kaum einen Schutz gegen eine Infektion mit dem Coronavirus bieten. Dafür verursachen sie aber ein Vielfaches an unerwünschten Nebenwirkungen wie kein normal zugelassener Impfstoff. Dennoch hält die Politik in Europa an ihrer Impfwut fest.

Die „US-Seuchenbehörde warnt vor Delta-Variante: Ansteckend wie Windpocken", titelten „Standard" und „ORF-On" letzte Woche über einen internen Bericht der US-amerikanischen Seuchenbehörde Centers for Disease Control and Prevention (CDC).

Die wichtigste Meldung darin fand sich aber erst zum Schluss: „Einer US-Studie zufolge waren drei Viertel der Infizierten nach mehreren Großereignissen im Bundesstaat Massachusetts eigentlich komplett geimpft. (…) Nach vorläufigen Daten der Behörde können geimpfte Menschen, die sich dennoch mit Delta infizieren, mitunter genauso ansteckend sein wie ungeimpfte Infizierte."

Nur minimale Schutzwirkung

Dass die vielgepriesene Impfung keine 95-prozentige Sicherheit gegen eine Infektion mit dem Coronavirus bietet, wie zum Start der Impfkampagne behauptet, belegen immer deutlicher Studien aus Israel, Großbritannien und den USA. Tatsächlich ist der Schutz, der von einer Impfung ausgeht, minimal. Mehrere Autoren haben die absolute Risikoreduktion, also die Reduktion des Risikos, das ein durchschnittlicher Bürger hat, an Covid-19 zu erkranken, berechnet und kommen, je nach Impfstoff, auf Werte zwischen 0,7 und 1,2 Prozent. Die Impfung schützt kaum besser als das natürliche Immun-



Herzstillstand, Herzinfarkt, Herzversage machen bereits über vier Prozent der M

t kein „Game ein Rohrkrepierer

ker trotzdem Milliarden an Steuergeldern ab

gewinne. Diese werden wegen der Preissteigerung für den „dritten Stich“ ser gegen das Coronavirus schützen als das menschliche Immunsystem.

system des Menschen. Die Daten der britischen Gesundheitsbehörde zu den Infektionszahlen der letzten Wochen zeigen, dass es so gut wie keinen Unterschied zwischen Geimpften und Nichtgeimpften hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit gibt, positiv getestet zu werden.

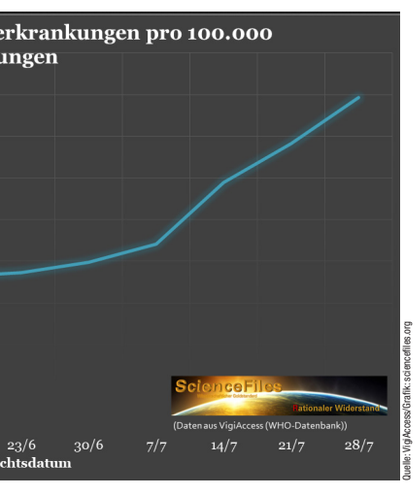
„Impfstoffe“ werden teurer

Das bescheinigt auch die anfangs angeführte US-Studie: In Barnstable County, Massachusetts, sind rund 56 Prozent der Bevölkerung geimpft. Auch jene 346 der 469 positiv Getesteten (73,8 Prozent) sind voll geimpft. Von den fünf positiv Getesteten, die in ein Krankenhaus eingeliefert wurden, waren vier „vollimmunisiert“, wie es nach der zweiten Impfung heißt.

Als man in Israel feststellte, dass der Anteil derjenigen, die sich trotz Impfung mit SARS-CoV-2 anstecken, genau dem Anteil der Geimpften in der Bevölkerung entspricht, wurde eine „Auffrischung“ der Impfung empfohlen und begonnen.

Für die EU könnte das teuer werden. Denn Pfizer und Moderna erhöhen in Verhandlungen mit der EU die Preise. Eine Dosis von Pfizer soll dann 19,50 Euro anstatt 15,50 Euro kosten, die von Moderna statt 19 Euro dann 25,50 Euro.

Dass die Impfung wenig schützt, aber selbst Schaden anrichten kann, zeigt ein Blick auf die Daten der Weltgesundheitsorganisation WHO. Die Datenbank der WHO, die bei der University of Uppsala unter dem Namen „VigiAccess“ geführt wird, verzeichnete am 3. August allein zum Impfstoff von PfizerBiontech 1,6 Millionen Meldungen über unerwünschte Nebenwirkungen, davon die Hälfte aus Europa. Todesfälle als Folge der Impfung wurden in der Datenbank 8.947 ausgewiesen. Fünf Tage vorher hatte die Zahl für alle Impfstoffe die 10.000er Marke überschritten.



Quelle: VigiAccess/Grafik: sciencefiles.org

n oder Angina Pectoris als Impffolge eldungen zu den Nebenwirkungen aus.

KURZ UND BÜNDIG

Foto: Parlamentsdirektion/Jantzen

Narrenfreiheit für Erdogan?

Der türkische Präsident Erdoğan hat angekündigt, die seit der türkischen Zypern-Invasion 1974 verlassene Stadt Varosha wieder zu besiedeln. Die freiheitliche EU-Sprecherin Petra Steger (Bild) sieht in dieser Ankündigung eine neuerliche Provokation Erdoğans gegenüber der EU: „Das Vorgehen der Türkei ist nicht nur brandgefährlich, sondern verstößt auch gegen UNO-Resolutionen, die vorsehen, dass Varosha unter internationaler Verwaltung geöffnet werden muss. Erdoğan tritt internationales Recht mit Füßen und verunmöglicht eine friedliche Lösung im Zypernkonflikt. Die Besiedelung des gesperrten Gebietes kommt einer neuerlichen türkischen Invasion gleich.“

Bremse für den Aufschwung

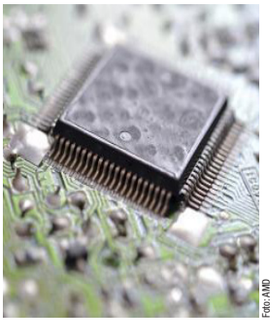


Foto: AMD

Fast zwei Drittel der deutschen Industriebetriebe klagen über Engpässe und Probleme bei Vorlieferungen. Von April bis Juli stieg der Anteil der betroffenen Unternehmen von 45 auf 63,8 Prozent, wie aus der jüngsten veröffentlichten Umfrage des Münchner Ifo-Instituts hervorgeht. „Das könnte zu einer Gefahr für den Aufschwung werden“, warnte der Leiter der Ifo-Umfragen, Klaus Wohlrabe. Problematisch seien auch die teilweise stark gestiegenen Einkaufspreise bei Halbleitern, Mikrochips oder Kunststoffgranulat. Darunter leide insbesondere der Maschinenbau sowie die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren.

200.000 demonstrierten gegen den Impfzwang

In Frankreich brodelt es nach den jüngsten Corona-Ankündigungen von Staatspräsident Emmanuel Macron so heftig wie zuletzt bei den „Gelbwesten-Protesten“ gegen Macrons Klimaschutzmaßnahmen.

Diesmal hat sich der Protest an der geplanten Impfpflicht für das Gesundheitspersonal sowie dem verpflichtenden Gesundheitspass, bei dem Ungeimpfte zur Teilnahme am öffentlichen Leben einen negativen Coronatest vorweisen müssen, den sie selbst zu zahlen haben, entzündet.

In Frankreich waren am Samstag in den 100 großen Städten der Republik nach offiziellen Angaben mehr als 200.000 Menschen auf den Straßen, und die Bewegung wächst immer weiter: Vor drei Wochen demonstrierten am „Tag der Bastille“ noch weniger als 20.000 Menschen, vor zwei Wochen bereits 116.000 und letzte Woche schon 160.000 Bürger allein in Paris. Dort kam es jetzt zu schweren Auseinandersetzungen mit brennenden Barrikaden, denen die Polizei mit Tränengasgranaten und Wasserwerfern entgegenzutreten versuchte. Mit mäßigem Erfolg.

Die Demonstranten forderten in Parolen „Macrons Rücktritt“, skandierten „gegen die Gesundheitsdiktatur“, und forderten „Freiheit“. In Paris waren allein vier Kundgebungen angemeldet, zwei davon wurden von führenden Köpfen der „Gelbwesten“-Bewegung angeführt, eine von der Partei „Les Patriotes“.

Foto: Twitter.com/ClementLanot

Macron, der „Feind der Freiheit“.

LESER AM WORT

Die „große Unschuld“

ÖVP-Innenminister Karl Nehammer weist jede Kritik im Asylstreit zurück. Aus dem In- und Ausland hagelt es Kritik über den neuen, von ihm geförderten „Polizei-Shuttle“ für Illegale zu den „Welcome-Zentren“. Aus den „Ausreisezentren“ des Herbert Kickl hat man wieder „Welcome-Zentren“ gemacht, zu denen gratis von der Polizei hingebracht wird. Papiere wegwerfen, falsche Angaben und das Wort „Asyl!“ genügen für Vollpension, Krankenversicherung und Taschengeld. Was Nehammer als „Grenzschutz“ bezeichnet, ist lächerlich und in Wahrheit ein Magnet für Asylwerber. Bis 25 Jahre sind alle „unbegleitete Minderjährige“ und werden verhätschelt. Einer dieser „Jugendlichen“ kostet dem Steuerzahler mehr als fünf Pensionisten – nur da regt sich niemand auf. Warum sollte man die Angaben der Illegalen prüfen? Die sind doch laut Regierung, Caritas usw. alle ehrlich. Die täglichen Messerstechereien und Vergewaltigungen sind „Einzelfälle“, über die man nicht berichten muß. Außerdem sind die meisten Opfer ohnehin Einheimische und die haben in unserer Regierung keine Lobby. Wann entschuldigt sich der gute Mann für seine Beschimpfungen endlich bei den Bürgern, die friedlich gegen die Corona-Maßnahmen und die Aushebelung der Verfassung demonstriert haben? Nazis, Idioten, Aluhutträger und Hooligans hat er sie genannt und ihnen den „Sturm aufs Parlament“ und andere Straftaten angedichtet. Kein Wort der Entschuldigung. Dafür klagt seine Frau wegen harmloser Postings, in denen die Verfasser vermuten, dass sie Anteile an einer Maskenerzeugung besitzt, was sie als Irrtum bezeichnet. Dutzende Klagen sollen unterwegs sein – mit denen sie durch ihren Anwalt pro Klage 3.500 Euro verlangt, plus Kosten. Natürlich gilt für alle die Unschuldsvermutung. Die Beschimpfungen wurden im Fernsehen übertragen, über die Klagen berichteten viele Zeitungen. Egal worum es geht, die Familie Nehammer ist unschuldig.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Grenzschutz für die Katz

Die Überwachung unserer Grenze durch das Österreichische Bundesheer sowie der Einsatz von Drohnen sind sprichwörtlich für die „Katz“. Sobald Asylanten österreichisches Gebiet mit Hilfe von Schleppern betreten, sind sie nicht mehr nach Ungarn zu retournieren. Damit haben Schlepper und Asylanten gewonnen. Die ganze Misere haben wir einerseits der EU und andererseits der nicht mehr zeitgemäßen Menschenrechtskonvention zu verdanken. Solange dies Schlepper und Asylanten wissen, wird der Zustrom in die EU und nach Österreich anhalten. Hier bedarf es eines Regulativs, um den Zustrom von Asylanten zu stoppen. Auf Dauer wird das nicht mehr finanzierbar sein, und ich bin nicht am Zusammenbruch unseres Sozialsystems interessiert. Die Regierung hat gegenüber der österreichischen Bevölkerung Verantwortung zu tragen!

Franz Vorderwinkler, Ferschnitz

Foto: Bundesheer/Martin Hoerl

Türkiser Pyrrhussieg

Die verdichteten Grenzkontrollen durch den Assistenzeinsatz des Bundesheeres führen nicht zu weniger, sondern zu mehr Asylanträgen in Österreich. Die Rechtslage sieht vor, dass jeder Fremde, der die österreichische Staatsgrenze überschreitet, ein Recht auf ein Asylverfahren hat. Grenzübertritte von Ausländern, ohne dass sie etwa aufgrund eines Visums das Recht dazu haben, gelten rechtlich als illegal. Während der Prüfung eines Asylantrags dürfen Menschen dann jedoch nicht außer Landes gebracht werden.

Helwig Leibinger, Wien

Zwei Seiten des Klimwandels

Abgesehen von der hausgemachten Umweltverschmutzung wird auch durch die Emissionen der Treibhauseffekt auf der Erde sicher beeinflusst. Andererseits, wieviel CO2 braucht unsere Natur zum Überleben auf dem gesamten Planeten? Die Pflanzenwelt wandelt ja im Zuge der Photosynthese CO2 in Sauerstoff um, ein tief verwurzelter gesunder Wald (keine kurzatmig geförderte Monokultur) fungiert auch als Kühlfaktor sowie als Wasser- und CO2-Speicher. Welchen Einfluss haben Sonnenreflektionen oder die Gegend austrocknende Windräder sowie E-Batterien mit ihrem negativen Fußabdruck bei den verbrauchten Rohstoffen bei der Produktion? Wie kann die Grundlast für den steigenden Strombedarf durch die E-Mobilität abgedeckt werden, möglicherweise wieder durch Atomkraftwerke? In China, Russland, Indien etc. werden Kohlekraftwerke aus dem Boden gestampft. Warm- und Kälteperioden hat es im Laufe der Erdgeschichte gegeben, diese Aspekte werden fast beiläufig behandelt.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

Foto: EU

Impfzwang

Es dreht sich alles nur noch um diese unerforschte Impfung. Die Politiker und Ärzte wissen, dass Geimpfte sich weiterhin anstecken und Überträger sein können. Nicht zu vergessen die möglichen Nebenwirkungen, Spätfolgen und daraus resultierende Erkrankungen. Trotzdem versucht man, die Menschen zu der Impfung zu drängen. Jeder Arzt müsste vor dem Stich die Menschen über die Folgen der Impfung aufklären, was aber kaum einer macht. Genau das müsste jedem Normaldenkenden Angst einjagen.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

○ Halbjahrespreis € 15,- ○ Jahrespreis € 30,- ○ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
○ Auslandsjahresbezug € 73,- ○ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**: _____

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN

Dubiose Test-Kooperation und Impfzwang in Wien

FPÖ kritisiert „Immunstatus-Abfrage“ bei Stadtwerke-Mitarbeiter

Heftige Kritik üben Wiens Freiheitliche an der rosa-roten Stadtregierung, die in Sachen Corona-Schikanen – indirekter Impfzwang für Stadtwerke-Mitarbeiter und dubiosen Test-Verträgen – die Bundesregierung rechts überholen will.

Foto: NFZ

Nepp: Ludwig soll den „Impf-Striptease“ bei Stadtwerken abstellen.

Wiens FPÖ-Chef Dominik Nepp übte heftige Kritik an der Ankündigung des Vorstandes der Wiener Stadtwerke, bei allen Mitarbeitern den Corona-Immunstatus abzufragen. Diese Aktion habe dieser in einem Brief an die Beschäftigten angekündigt. „Es kann nicht sein, dass Persönlichkeitsrechte mit Füßen getreten werden und im Bereich der Stadt Wien die Mitarbeiter einen Impf-Striptease ablegen müssen. SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig muss diese Vorgänge sofort stoppen“, forderte Nepp.

Der FPÖ-Landeschef verlangte auch Auskunft darüber, welche Konsequenzen die Mitarbeiter zu erwarten haben, wenn sie über ihren Immunstatus keine Auskunft geben wollen. „Diese – aus Sicht zahlreicher Experten – völlig rechtswidrige Abfrage kommt einer Impfpflicht durch die Hintertür gleich und ist völlig inakzeptabel“, betonte Nepp.

Rote Günstlingswirtschaft

Zugleich unterstützte er die Kritik der Ärztekammer am Festhalten der rosa-roten Stadtregierung an der Zusammenarbeit mit der „Lifebrain“-Gruppe im Bereich der „Alles gurgelt“-Tests. Denn nach der Übernahme durch ein französisches Unternehmen werde dieses Firmenkonstrukt immer dubioser, bemerkte Nepp: „Es pfeifen in Wien die Spatzen von den Dächern, dass es sich beim Wiener Geschäftsführer um einen roten Günstling handelt, der bereits für die SPÖ gespendet hat. Dass sich die Stadt Wien bei ihrem PCR-Testangebot mit Haut und Haaren an dieses ausländische Unternehmen verkauft hat, ist nicht länger tragbar!“

FPÖ Die Partei der Wiener. DONAUSTADT

INFORMIERT

Donaustädter Sommergespräche 2021

Im Juli und August, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr,
im Gasthof GOLDENER HIRSCH, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

Do 5.8.	LAbg. Toni MAHDALIK und LAbg. Wolfgang IRSCHIK
Do 12.8.	Klubobmann LAbg. Maximilian KRAUSS
Do 19.8.	LAbg. Veronika MATIASEK und LAbg. Ing. Udo GUGGENBICHLER, MSc
Do 26.8.	BR Dr. Johannes HÜBNER
Do 2.9.	Landesparteiobmann Stadtrat Dominik NEPP, MA

Moderation: Angela Schütz. Anmeldung unter: angela.schuetz@fpoe.at

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen
freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf, Bezirksparteiobmann
LAbg. Toni Mahdalik, geschäftsführender Bezirksparteiobmann

Wir weisen darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird. Es gilt die aktuelle Corona-Verordnung!

Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesonder auf den Internetauftritten des Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden. Sämtliche Fotorechte liegen bei der FPÖ!

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brille, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz

/FpoWienDonaustadt
/fpoewiendonaustadt
/FPOeDonaustadt

donaustadt.fpoe-wien.at

Impressum: Herausgeber, Medieninhaber: FPÖ Donaustadt, Konstanziagasse 31, 1220 Wien

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff

Vorige Woche war ich wieder einmal in meinem geliebten Wurschtelprater. Ich steig da nirgends ein, ich bin nur zum Schauen da. Und auf eine Portion „Pommes“, so heißt’s halt auch schon bei uns, die „frittes“ lass ma weg, geh ich auch, da hab ich ein Stammlokal mit einem herrlichen Kastanienbaum, daneben ist ein sogenannter „Hurrican“ angesiedelt.

Neid

Diesmal setzte ich mich an einen Tisch, an dem ein älteres Ehepaar Platz genommen hatte. Als mein Seidl Budweiser kam, sang nebenan Vico Torriani gerade „Zwei Spuren im Schnee“, und der männliche Teil des Paares lachte mich an: „Passt herrlich zum Wetta, nich waa?“ Aha, er kam also aus dem Norden, und wir kamen ins Gespräch.

Weil’s dieser Tage nicht aus meinem Kopf ging, kam ich auch auf Frau Nehammer zu sprechen. Kurz erzählte ich dem sympathischen Paar, wie sie sich gerade per Klage um Millionen Euro bereichern will. Die zwei kamen aus dem Staunen nicht heraus.

„Det’s de Olle von eurem Innenminista, nich waa?“ fragte der Herr. „Der is ja ooch ne Nummer für sich, nich waa?“ Ich musste ja sagen. „So einen Minister haben Sie nicht?“ sagte ich.

„Nee, hamma nich“, war die lustige Antwort. Beneidenswerte Deutsche.

VORARLBERG

Energieautonomie

Der Weg der erneuerbaren Energien müsse weiter ausgebaut und gleichzeitig neue Technologien noch in viel stärkerem Maße forciert werden, forderte FPÖ-Energiesprecher Daniel Allgäuer: „Vorarlberg darf hier im Vergleich zu anderen Regionen nicht zurückfallen.“ Das ambitionierte Ziel der „Energieautonomie 2050“ könne aber nur über die Einbindung der Bevölkerung und der Wirtschaft über Bewusstseinsbildung und attraktive Förder- sowie Anreizsysteme erreicht werden, betonte der FPÖ-Energiesprecher.

TIROL

Wohnbau-Größenwahn

Im Bemühen um leistbares Wohnen vermischen sich in Tirol sozialer, geförderter und privater Wohnbau auf ungesunde Weise miteinander, kritisierte FPÖ-Wohnbausprecherin Evelyn Achhorner: „Das Beispiel in Gerlos zeigt, wie ein gemeinnütziger Wohnbauträger mit einem Wohnbaugroßprojekt jede Grenze überschreitet.“

Foto: FPÖ Tirol

Evelyn Aichhorner

STEIERMARK

Umfassende Aufklärung

In den letzten Tagen kamen immer mehr Details rund um den vermeintlichen Fördermissbrauch durch den gemeinnützigen ÖVP-nahen Verein WIKI ans Tageslicht. So soll es zu vermeintlich rechtswidrigen Zahlungsflüssen der „WIKI Kinderbetreuungs GmbH“ an den Trägerverein in Millionenhöhe gekommen sein. Mehrere Millionen sollen aus der steuergeldfinanzierten und gemeinnützigen Gesellschaft vom Mutterverein abgezweigt worden sein. „Nachdem die Landeshauptstadt bereits den Stadtrechnungshof eingeschaltet hat, ist es an der Zeit, auch den Landesrechnungshof mit der Gebarungskontrolle des Vereins und seiner Gesellschaften zu befassen“, forderte FPÖ-Klubobmann Mario Kunasek eine umfassende Untersuchung dieses Subventionsskandals.

ÖVP-Kontrollfreaks setzen Polizei für Gastgarten-Schikanen ein

FPÖ fordert Veto der Landeshauptfrau gegen „Soko Schanigarten“

FPÖ Landespartei- und Klubobmann Udo Landbauer kritisiert die türkis-grüne Schikanier-Wut gegen die eigene Bevölkerung.

Wer sich eine Auszeit im Schanigarten gönnen will, sollte sich auf regelmäßige Kontrolle der Gesundheitsbehörden und der Polizei einstellen. Mit einem normalen Sommer, wie von der ÖVP angekündigt, habe das nichts zu tun, kritisierte Niederösterreichs FPÖ-Landespartei- und Klubobmann Udo Landbauer: „Die Kontrollfreaks von ÖVP und Grünen erfinden wöchentlich neue Schikanen, um den Landsleuten den Sommer endgültig zu vermiesen!“

„Soko Schanigarten“?

Denn ab sofort sollen die Gesundheitsbehörden gemeinsam mit der Polizei die Kontrollen der „3G-Regeln“ in der Gastronomie verstärken. In Niederösterreich seien 99,97 Prozent der Gesamtbevölkerung nicht infiziert, 13 Personen hospitalisiert, wovon sich fünf auf einer Intensivstation befänden, verwies Landbauer auf die aktuellen Corona Zahlen des Landes.

NIEDERÖSTERREICH

Foto: FPÖ Niederösterreich

Landbauer: Grenzen schützen, statt Schanigarten-Kontrollen!

Den Missbrauch der Polizei für „Schanigarten-Kontrollen beim Wirtn“ hält Landbauer für letztklassig: „Unsere Polizisten haben mit Sicherheit besseres zu tun. Aber bei Asylanten, die illegal einreisen, schaut die ÖVP ja weg!“

BURGENLAND

Asyl: Alle schauen weg!

Nach dem neuerlichen Aufgriff von 147 Illegalen an Burgenlands Grenze, forderte FPÖ-Klubobmann Johann Tschürtz eindringlich ein rasches Handeln von der Bundesregierung ein: „Dieser Migrantenzustrom muss gestoppt werden – jetzt sofort! Nach den steigenden Aufgriffszahlen in den letzten Jahren war vorhersehbar, dass uns heuer wieder ein Ansturm der Superlative drohen wird. Davor haben wir Freiheitliche mehrmals gewarnt. Dass trotzdem täglich unzählige Flüchtlinge ungehindert über die ungarische Grenze wandern können, ist der Fahrlässigkeit der Bundesregierung geschuldet!“

Foto: FPÖ Burgenland

Tschürtz: Wir brauchen einen effektiven Grenzschutz!

Tschürtz wertete den Einsatz von Polizei und Bundesheer positiv, jedoch gingen ihm diese Kontrolleinsätze nicht weit genug. Flüchtlinge sollten sofort nach Aufgriff nach Ungarn zurückgeschickt werden, forderte der FPÖ-Klubobmann: „Und sollte dies nicht möglich sein, muss wieder ein Grenzzaun entlang der ungarischen Grenze gebaut werden.“

FPÖ-Landeschef Alexander Petschnig kritisiert dazu auch das Wegschauen des burgenländischen SPÖ-Landeshauptmannes. Denn in Oberpullendorf soll jetzt sogar eine Notaufnahmestelle für aufgegriffene Flüchtlinge errichtet werden.

OBERÖSTERREICH

Foto: FPÖ Oberösterreich

Manfred Haimbuchner

Wohnen: Gerichte bestätigen FPÖ!

Seit 2018 müssen Drittstaatsangehörige, die Wohnbeihilfe erhalten möchten, in Oberösterreich gewisse Voraussetzungen erfüllen. Ein türkischer Staatsbürger fühlte sich diskriminiert und klagte. Das Landesgericht Linz wies – nach Vorlage an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) – diese Klage nun ab und sah die behauptete Diskriminierung nicht. „Weder der EuGH, noch das Landesgericht erblickten in der Verknüpfung von Wohnbeihilfe und Deutschkenntnissen eine Diskriminierung“, erklärt FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner.

SALZBURG

Foto: FPÖ Salzburg

Mit einem Kraftwerk samt Rückhaltebecken könnten die Bewohner in Obersulzbach vor Hochwasser nach einem Unwetter endlich geschützt werden.

Hallein-Katastrophe: Grüne gegen Hochwasserschutz!

FPÖ: Ablehnende Haltung des Naturschutzes ist völlig unverständlich

Nach den Unwetterschäden des heurigen Jahres braucht es Maßnahmen, um Gemeinden präventiv vor den Wassermassen nach Starkregen zu schützen.

Die geplante Errichtung des Wasserkraftwerks in Obersulzbach im Pinzgau biete dazu eine Schutzmöglichkeit, erklärte Salzburgs Landesparteiobfrau Marlene Svazek: „Man muss dabei die Vorteile von Naturdämmen und die Errichtung eines Rückhaltebeckens unbedingt berücksichtigen."

Eine derartige Variante biete Vorteile für alle Beteiligten. Doch der Naturschutz im Land Salzburg sträube sich gegen die Errichtung eines Hochwasserschutzes, kritisierte Svazek: „Die jüngsten Ereignisse vor wenigen Wochen haben uns deutlich veranschaulicht, dass sich die Aussagen von Naturschützern bestenfalls auf Greenpeace-Mitgliederzeitungen beschränken sollten. Aus der politischen Entscheidungsfindung zum Schutz der Bevölkerung sollten sie aber strikt herausgehalten werden."

Bürger wollen Kraftwerk

Die Errichtung des Kraftwerks samt Hochwasserschutz werde speziell von der Bevölkerung gewünscht, betonte die FPÖ-Landesparteichefin. Denn neben dem finanziellen Schaden wirkten sich Naturkatastrophen auf die Lebensqualität in der Region aus: „Wer will in einer Gemeinde leben, die in regelmäßigen Abständen vom Hochwasser erreicht wird?"

Die Abwehrhaltung der Naturschützer sei für die Freiheitlichen keineswegs verständlich, sagte Svazek: „Einerseits fordert man den Ausbau der E-Mobilität und damit einen erhöhten Strombedarf, andererseits schikaniert man notwendige Kraftwerksbauten."

Impfzwang-Fantasien

Abermals hat sich der steirische ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer für eine Impfpflicht ausgesprochen. In einer Tageszeitung fantasierte der Landeschef von einer „bundesweiten Zwangsimpfung" für Lehrer.

„Es ist unerträglich, dass Landeshauptmann Schützenhöfer inzwischen nahezu täglich Werbung für eine Zwangsimpfung macht. Als würde es nicht reichen, dass in der Steiermark mit der Bevorzugung von geimpften Personen für die Aufnahme in den Landesdienst bereits eine solche Impfpflicht durch die Hintertüre eingeführt wurde, möchte der Landeshauptmann nun bundesweit Angestellte und Bürger drangsalieren", empörte sich FPÖ-Klubobmann Mario Kunasek.

Die Freiheitlichen fordern den ÖVP-Landeshauptmann daher auf, sich auf seine Aufgaben in der Steiermark zu konzentrieren. Denn die Frage, ob sich jemand impfen lässt oder nicht, sei eine höchstpersönliche Entscheidung, in die man nicht eingreifen dürfe, betonte Kunasek.

STEIERMARK

Foto: NFZ

Kunasek: Schützenhöfer soll Impfzwang-Fantasien abstellen.

Foto: FPÖ Salzburg

LÄNDER-SACHE

Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Klimakrise, Coronakrise und dann wieder Klimakrise. Wir sind wohl die erste Generation seit Ende des Zweiten Weltkriegs, deren persönliches Leben so stark von weltpolitischen Phänomenen beeinflusst wird. Dabei gab es diese Krisen doch schon immer. Lediglich die Perspektive auf diese Ereignisse war eine andere.

Generation Krise

Die Nachkriegsgeneration war eine Sorte Mensch, deren Grundlage durch Rückführung, Aufbau und schwere Entbehrungen gekennzeichnet war. Dankbarkeit und die Unkenntnis, wohin diese Reise führt, waren wohl die wesentlichen Momente einer Generation, der wir unsere vielgerühmten Standards zu verdanken haben.

So konservativ, sparsam und bedacht sie auch war, keine zwei Generationen später war das Mantra, dass es ihre Kinder doch einmal besser haben sollten, schon verhallt. Denn wer denkt noch an jene, die das Haus gebaut haben, in dem wir alle so vorzüglich leben? Ähnlich dem luxuriösen E-Auto, in dem wir rasch vergessen, dass es doch Kinderhände sind, die das Kobalt für die Akkus schürfen. Oder das erschwindelte Fairtrade-Etikett, das den moralisch-ungestörten Kaffeegenuss garantiert.

Egal ob nun Flüchtlingskrise, Klima- oder Coronakrise. Sie sind alles nur Synonyme für die tatsächliche Krise, in der wir uns befinden. Eine Krise, verursacht durch Respektlosigkeit und geringe Wertschätzung. In der man leichtsinnig alles verspielt, was keinen Wert hat, da es selbst keine Bemühung forderte. Eine Gesellschaftskrise, die durch fehlende Dankbar- und Wachsamkeit zu einer Krise der Freiheit werden kann.

GEZWITSCHER

Richard Meusers v.W.
@maternus

„Wir haben auch im zweiten Jahr der Pandemie die Vorbereitung aufs neue Schuljahr verschlafen, das Biontech- und Moderna-Zeug muß dringend weg: dann impfen wir doch die Kinder, auch wenn sie's gar nicht brauchen!"
2. August 2021 19:06

Die Politik folgt dem Motto des Handels: Sommerschlussverkauf! Was im Lager ist, muss raus!

Isabelle Daniel
@isabelledaniel

Ich hoffe echt, dass die USA und die EU die Urheber hinter den Desinformationskampagnen über Impfungen ausmachen und die und ihre Helferlein juristisch und finanziell zur Verantwortung ziehen können.
28. Juli 2021 10:17

Merke: Kritiker „kampagnisieren", regierungstreue Medien „informieren". Journalismus 2021.

TELEGRAM

GEFÄLLT MIR

Herbert Kickl
1. August 2021

Vor wenigen Wochen hat ÖVP-Kanzler Kurz versprochen, dass für alle Geimpften die Pandemie vorbei ist. Jetzt spricht er schon vom „dritten Stich" ...

2.495 Personen gefällt das.

... und im kommenden Jahr wird die nächste Auffrischung des „Game-Changers" fällig.

Statt Transparenz zum ORF jetzt grüne Geheimniskrämerei

FPÖ fordert Offenlegung grüner Pläne zu ORF-Generaldirektorwahl

Wen wollen Vizekanzler Werner Kogler und Leiter des „grünen Freundeskreises" im Stiftungsrat, Lothar Lockl, auf dem Chefsessel im ORF?

Schwarz-grüne Absprache zur Wahl des ORF-Generals?

Foto: NFZ

FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl erinnerte die Grünen an ihr zentrales Wahlversprechen: eine saubere Politik, mehr Transparenz und der Kampf gegen Korruption und politischen Postenschacher.

Packelei um ORF-General

Daher richtete er an den grünen Vizekanzler die Frage: „Ist es zutreffend, dass einem ausgepackelten Deal innerhalb der türkis-grünen Koalition zwischen Kurz und Kogler folgend, sämtliche grünen Stiftungsräte ihre Stimme dem türkisen Wunschkandidaten des Bundeskanzlers, Roland Weißmann, geben müssen, obwohl etwa auch eine bürgerliche, qualifizierte, weibliche Kandidatin für den Posten des Generaldirektors zur Verfügung stünde? Und was sind im Gegenzug die türkisen ORF-Versprechen und Posten für die Grünen?"

Nach dem „Weisungsgeschenk", das Kanzler Sebastian Kurz von der grünen Justizministerin Alma Zadić in Sachen WKStA (siehe S. 6) bekam, befürchtet Kickl „einen ganzen grünen Geschenke-Bazar", an dem Türkis sich freihändig bedienen kann, zuvorderst im ORF.

Das „Alarmsignal" dazu war für Kickl dabei das auffallende „Herumschummeln" um Antworten auf Fragen nach den medienpolitischen Plänen der Grünen über die Zukunft des ORF: „Wegducken, Herum- und Vorbeischummeln ist das genaue Gegenteil der versprochenen Transparenz!"

FPÖ IN DEN MEDIEN

Dass in Wien Verkehrspolitik auf Kosten der Autofahrer und sogar auf Kosten deren Sicherheit gemacht wird, zeigte Wiens FPÖ-Verkehrssprecher Toni Mahdalik in der „Krone" auf. Nach dem Umbau der die Eisenbahnkreuzung Telephonweg fehlt am Bahnübergang jegliche Sicherung. Lenker tappen im Dunkeln, von der Lichtzeichenanlage sind nur freistehende Kabel über – und die Schranke liegt daneben im Gras herum. Nach Mahdaliks Kritik wollen die ÖBB Anfang September (!) wieder eine Lichtzeichenanlage mit Schranken montieren.

Bahnschranke liegt im Gras

Kein gutes Haar lässt FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker im Interview mit der „Kleinen Zeitung" an ORF-General Wrabetz, der sich der Wiederwahl stellt. Er fordert darin eine Neustrukturierung im ORF-Gesetz für eine klare Definition des öffentlich-rechtlichen Auftrags in Richtung Informationssender: „ORF 1 unterscheidet sich inhaltlich kaum von privaten Anbietern."

Abrechnung mit der ORF-Führung

GISBÄRS TV-NOTIZ

Wie es unser aller Regierung und ihr Sprachrohr ORF mit den Grund- und Freiheitsrechten hält, war in der Sonntags-„ZiB2" wieder einmal herrlich zu sehen und zu hören: Die Regierenden können – zum eigenen Vorteil – damit tun und machen, was sie wollen. In Wien wie in Brüssel.

So will Niederösterreichs ÖVP-Landeshauptfrau Mikl-Leitner – sie erinnern sich, sie war Innenministerin im „Willkommensjahr 2015" – ab Herbst nur mehr Geimpfte in den Landesdienst aufnehmen.

Und es gibt keinen Widerspruch, sondern Ansporn durch das französische Vorbild des Herrn Macron, der im ganzen Land das per Gesetz durchsetzen will, um – so die völlig auf der Corona-Panik-Linie schwimmende ORF-Korrespondentin – eine erneutes „Massensterben" in den Pflegeheimen zu verhindern.

Und dann im Bericht über Polens Kampf für die Unabhängigkeit seiner Justiz gegenüber Brüssel und dem EuGH, der mit seinen fragwürdigen Urteilen die Entmachtung der Mitgliedstaaten vorantreibt.

Und wer kam zu Wort? Brüssels ÖVP-Zentralismus-Rammbock Othmar Karas! Die Polen bestellen ihre Verfassungsrichter genauso wie Österreich, Deutschland und die westlichen EU-Länder, also auf Vorschlag der Regierung.

Nur weil diese und ihre ungarischen Kollegen sich an ihrer Verfassung orientieren und nicht nach Brüssels Vorgaben, attackieren linke Zentralisten und die völlig links abgedriftete EVP mit Karas im EU-Parlament die beiden Länder – obwohl diese den EU-Verträgen entsprechend agieren, aber eben nicht in Brüssels Sinn. Und genau das stört Karas und den ORF.

Der Römersteinbruch wartet noch

Turandot in St. Margarethen: Eine Phantasiewelt aus Licht und Ton

Foto: Paul Tate de Poo

Turandot ist die nicht ganz vollendete Oper Giacomo Puccinis, benannt nach dem Namen der Hauptfigur. Diese ist eine unbarmherzige Prinzessin auf der Suche nach einem Mann, der allerdings drei Rätsel lösen muss, um sie zur Frau zu gewinnen. Kann der Bewerber das nicht, ist er des Todes.

Auf der immens großen „Bühne" des Sankt Margarethener Steinbruchs zeigt zunächst ein ebenfalls immens großes Schiff die vielen Schädel der hingerichteten Mannen, die den Ansprüchen der Prinzessin nicht gerecht werden konnten. Die als eine Mischung aus unbefleckter Jungfrau und Schneewittchen dargestellte Dame ist eine „Me-too"-Frau aus märchenhafter Zeit, die Rache für Ungemach einer ihrer Vorfahrinnen nehmen will.

Großes im Naturjuwel

Dem Höhepunkt der Oper entgegenströmend ist der Auftritt des unbekannten Prinzen Calaf, der siegessicher ans Werk geht. Er wird die Aufgaben lösen, und er hat ein delphisches Gegenstück zur Hand, ist doch sein Name ein Geheimnis, das es zu enträtseln gilt. Sein heiß erwartetes „Nessun dorma" fällt großartig aus.

Die grausame, schließlich zur bedingungslosen Liebe verwandelte Turandot findet ihr Gegenstück in der liebevollen Liu, die jedoch gegen Schluss der Oper so wie die Brautwerber ihr Ende finden muss.

Das Manko, das andere Opern Puccinis, wie etwa Madame Butterfly, Manon Lescaut oder Tosca nicht aufweisen, nämlich dass an manchen Stellen Langeweile aufkommen kann, wird durch die großartige Ausstattung in dieser Freiluftarena mit Bravour wettgemacht. Akrobatische Leistungen, Feuerzauber, Stunts auf den Felsen, Prunk soweit das Auge reicht und Licht-Spiele sonder Zahl bieten dem Publikum visuelle Reize der Sonderklasse. Das Angebot der Statisten reicht von Affen über Indianer und kämpfende Muskelprotze bis zu einer Unzahl blauweißer Porzellanpüppchen.

Auf den deutlich lesbaren Übertiteln kann man mitunter feinsinnig-humorige Textstellen entdecken, sofern man das Gespür dafür hat.

Erstklassige Besetzung

Die Rollen sind zur Gänze und zur Sicherheit dreifach besetzt, Corona lässt auch hier grüßen, so kann kaum was passieren. Gleichbleibende hohe Qualität bei Sängern, Statisten und Orchester ist garantiert.

Wenn es zum Ende keines der üblichen Feuerwerke gibt, ist das leicht hinzunehmen, ist doch die gloriose Schlussszene von feuerwerksartigem Charakter in 3D hinreißend inszeniert.

Die Abfahrt des Publikums steht leider, aber Steinbruch-Besucher wissen das schon, unter keinem sehr umweltfreundlichen Stern. Bis man im Stau aus dem Gelände draußen ist, kann eine halbe Stunde locker vergehen. Diese Zeit darf man nutzen, um über das Gesehene zu sprechen. Bis zum 21. August ist übrigens noch Zeit, Karten zu besorgen.

Fürs nächste Jahr freut man sich schon auf Verdis Nabucco.

Herbert Pirker

FPÖ

Einladung zum

Sommerausklang

der Freiheitlichen Großebersdorf

Samstag, 04. September 2021

Beginn 16:00 Uhr

in der Kellergasse am Gänsberg

in 2203 Großebersdorf

für Speis, Trank ist gesorgt! (freie Spende)

Ehrenschutz:

LPO KO LAbg. Udo Landbauer LAbg. Dieter Dorner BR Michael Bernard

3. Nationalratspräsident NAbg. Norbert Hofer NAbg. Christian Lausch

Die FPÖ Großebersdorf freut sich auf Euren Besuch!

IMPRESSUM | FPÖ Ortsgruppe Großebersdorf Medieninhaber | FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Anzeige

Gold (und mehr) für Österreich

Seit mittlerweile 30 Jahren brennt bei den Lotterien das Olympische Feuer für die Premium Partnerschaft mit dem ÖOC

Foto: ÖOC/dEPA

Die Österreichischen Lotterien und das Österreichische Olympische Comité – eine Zusammenarbeit, die für Österreich Goldes wert ist – im wahrsten Sinne des Wortes. Denn mit der sensationellen Goldmedaille durch Radrennfahrerin Anna Kiesenhofer (Bild) haben die Olympischen Spiele in Tokio für Österreich fulminant begonnen. Und nur drei Tage später war das „Olympische Set" durch die Silbermedaille von Judokämpferin Michaela Polleres und die Bronzene von Judoka Shamil Borchashvili komplett. Magdalena Lobnig eröffnete mit ihrer Bronzemedaille im Rudern ein mögliches zweites Medaillen-Set, Diskuswerfer Lukas Weißhaidinger legte mit einer weiteren Bronzemedaille nach.

Die Österreichischen Lotterien freuen sich mit den Athletinnen und Athleten, weil sie durch die Partnerschaft mit dem Österreichischen Olympischen Comité wesentlich zu deren Erfolgen beitragen. Dank der umfangreichen Unterstützung ist es möglich, den Sportlerinnen und Sportlern ein optimales Umfeld und beste Trainingsbedingungen zu bieten und damit ideale Voraussetzungen für die Teilnahme an den Spielen zu schaffen. Gerade heuer kommt auch dem Austria House in Tokio als Plattform für Sport, Wirtschaft und Tourismus besondere Bedeutung zu. Als Top Partner unterstützen die Österreichischen Lotterien auch diese virtuelle Informationsplattform für alle Olympia Interessierten.

SuperBonus bringt 50 mal 100.000 Euro extra

Bei den EuroMillionen Ziehungen am 3. und 6. August gibt's exklusiv in Österreich insgesamt 5 Millionen Euro extra zu gewinnen

Die EuroMillionen Ziehungen in der ersten Augustwoche sind aus österreichischer Sicht alles andere als gewöhnlich. Denn egal wie sehr den EuroMillionen Fans des Landes das Glück bei diesen Ziehungen hold ist, eines ist sicher: Es wird 50 zusätzliche Spielteilnehmerinnen bzw. Spielteilnehmer geben, die 100.000 Euro gewinnen.

Foto: Österreichische Lotterien

Der Grund für diese Draufgabe ist eine neuerliche Auflage des ÖsterreichSuperBonus. Dabei werden unter allen in Österreich mitspielenden EuroMillionen Tipps, die an zumindest einer der Ziehungen vom 3. August und 6. August 2021 teilnehmen, 50 mal 100.000 Euro verlost. Die Zusatzausspielung gilt exklusiv für Österreich und ist unabhängig vom normalen ÖsterreichBonus, der ebenfalls exklusiv in Österreich in jeder Runde ausgespielt wird. Die gewinnbringenden Quittungsnummern werden am 6. August nach Annahmeschluss ermittelt und unter anderem auf win2day.at, im ORF-Teletext und in den Annahmestellen bekannt gegeben.

Die Freiheit, die wir meinen!

Neue Filmreihe über die Geschichte des nationalliberalen Lagers und der FPÖ

Teil 7: Eine nationalliberale Honoratiorenpartei
Die Ära Friedrich Peter

Im siebten Teil unserer neuen Dokumentarserie über die Geschichte des nationalliberalen Lagers und der FPÖ, die über die Website oder den Youtube-Kanal des Freiheitlichen Bildungsinstituts aufgerufen werden kann, verfolgen wir **die Geschichte der FPÖ vom Gründungsparteitag im Jahr 1956 bis in die späten 1970er Jahre.** Diese Ära wurde vor allem von einem Mann aus Oberösterreich geprägt: Die Rede ist von Friedrich Peter, der nach dem Tod von Anton Reinthaller zum Obmann der FPÖ gewählt worden war. Unter seiner Führung entwickelte sich das Dritte Lager zu einem stabilen Faktor in der österreichischen Innenpolitik.

Wir beschäftigen uns in diesem Zusammenhang auch mit der **programmatischen Weiterentwicklung der FPÖ sowie mit der schrittweisen Anerkennung der FPÖ als Kontrollpartei und „Zünglein an der Waage“** zwischen der ÖVP und der SPÖ im österreichischen Parlament. Nicht zuletzt konnten die Freiheitlichen **durch die Annäherung an die Sozialisten eine Wahlrechtsreform erwirken,** die der FPÖ als Kleinpartei eine höhere Mandatszahl im Nationalrat bescherte.

Die Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung erfüllten sich jedoch vorerst nicht. Im Jahr 1978 kam es zu einem ersten Generationenwechsel und der Grazer Bürgermeister Alexander Götz wurde neuer FPÖ-Bundesparteiobmann. Dennoch war durch die parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPÖ der **Grundstein für eine zukünftige Bundesregierung mit freiheitlicher Beteiligung gelegt** worden. Friedrich Peter sollte bei diesem Projekt noch eine entscheidende Rolle spielen.

SPÖ-Kanzler Bruno Kreisky empfängt Friedrich Peter (rechts im Bild) im Oktober 1975 im Wiener Bundeskanzleramt.

Foto: Votava / Imagno / picturedesk.com

Sehen Sie die Videos über die Geschichte der FPÖ hier an:

CODE EINSCANNEN